

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Oskar Atzinger

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Paul Knoblach

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Susann Enders

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 11 bis 17 auf:

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern I: Bericht über den Bedarf an
Zahnmedizinerinnen und Zahnmedizinern ([Drs. 19/2000](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern II: Gebührenordnungen
anpassen ([Drs. 19/2001](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern III: Tarifsteigerungen der ZFA
refinanzieren ([Drs. 19/2002](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern IV: Praxiszukunftsfonds für
(Zahn-)Arztpraxen ([Drs. 19/2003](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern V: Kinderzahnärzte und
Kinderärzte gleichbehandeln ([Drs. 19/2004](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern VI: Bericht zur Zahngesundheit
von Kindern und Pflegebedürftigen ([Drs. 19/2005](#))**

und

Antrag der Abgeordneten

**Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern VII: Parodontitistherapie wieder
höher vergüten ([Drs. 19/2006](#))**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Die erste Rednerin ist Frau Dr. Andrea Behr für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den aufgerufenen Punkten 11 mit 17 der Tagesordnung beschließen wir heute ein Antragspaket zur Zukunft der zahnmedizinischen Versorgung in Bayern, das seinesgleichen sucht. Ich freue mich und bin stolz darauf, dass ich als approbierte Zahnärztin maßgeblich beteiligt war, diese wegweisenden Verbesserungen für die bayerischen Zahnärzte auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist vielleicht doch ganz gut, dass man, bevor man ein politisches Amt ausübt, einen gescheiten Beruf gelernt hat und dadurch seine Kenntnisse einbringen kann. Nach 27 Jahren eigener Praxis weiß ich, wovon ich rede. Vor über 100 Jahren wurde unsere Zahnarztpraxis in Würzburg von meinem Großvater gegründet. Dann hat sie mein Vater übernommen, und ich durfte sie in dritter Generation weiterführen. Unsere Tochter, die auch Zahnmedizin studiert, steht nun in der vierten Generation in den Startlöchern.

Die Frage ist: Kann man einem jungen Menschen heute noch empfehlen, Zahnarzt zu werden? – Ja, es ist ein absoluter Traumberuf. Und: Nein, unter den derzeit gegebenen Umständen nicht. Mit Lauterbachs Finanzstabilisierungsgesetz geht die zahnmedizinische Versorgung den Bach hinunter. Mit Methoden von vorgestern wie der Budgetierung kann man die Probleme von heute, morgen und übermorgen nicht lösen. Viele von Ihnen wissen wahrscheinlich gar nicht, was eine Budgetierung bedeutet. Sagen Sie mal einem Kfz-Mechaniker, dass er, wenn er am Monatsanfang 20 Autos repariert hat, die restlichen Leistungen umsonst erbringen muss und er keine Vergütung mehr bekommt, aber die Kunden auch nicht abweisen kann. Das ist Budgetierung. Damit bekommen Sie heute junge Leute nicht mehr in einen Beruf.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Praxen sterben, sind die Patienten die Leidtragenden. Schon heute ist das Praxissterben gerade im ländlichen Bereich dramatisch. Nur noch wenige Ärzte wollen eine eigene Praxis eröffnen. Hinzu kommt die überbordende Bürokratie. Eine Studie im Auftrag der apoBank hat ergeben, dass die Bürokratie rund 73 % der befragten jungen Zahnärztinnen und Zahnärzte von einer Praxisgründung abhält. Niedergelassenen Zahnärzten fällt es zunehmend schwerer, einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu bekommen. Die Bürokratiebelastung, verbunden mit zahlreichen weiteren Fehlentwicklungen, geht auf Kosten der Behandlungszeit für die Patienten. Die Zahn-

ärztinnen und Zahnärzte wollen sich für ihre Patienten Zeit nehmen, sie ausführlich und korrekt beraten sowie individuell und für den jeweiligen Patienten am geeignetsten behandeln.

Herr Lauterbach will auf der einen Seite die regelmäßige Herzvorsorge als Kassenleistung einführen. Das ist wunderbar und begrüßenswert. Aber auf der anderen Seite budgetiert er die Parodontitistherapie, die nachweislich wichtiger Bestandteil zur Vermeidung von Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Diabetes und anderer chronischer Leiden ist. Erst im Jahr 2021 war die Parodontitisbehandlung nach modernstem wissenschaftlichen Standard in den Versorgungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen worden. Lauterbachs verquere Gesundheitspolitik gefährdet die ambulante zahnärztliche Versorgung. Das steht fest.

Wir brauchen einen GOZ-Punktwert, der betriebswirtschaftlich in das Jahr 2024 passt. Die Gebührenordnung für Zahnärzte ist von 1988. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie einmal zum Edeka und sagen, Sie wollen die Butter zu einem Preis von 1988 bezahlen, und schauen Sie, was Sie da bekommen.

Wir fordern daher erneut die Entbudgetierung zahnärztlicher Leistungen. Statt der MVZ-Notlösung sollten wir uns dafür einsetzen, dass der Zahnarztberuf wieder so attraktiv gemacht wird, dass sich viele junge Zahnärztinnen und Zahnärzte zum Wohle unserer Patienten dafür entscheiden, eine eigene Praxis zu gründen oder eine bestehende Praxis zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Als Zahnärztin bin ich bei der Landtagswahl auch angetreten, um die medizinische Versorgung in Bayern zu verbessern. Damit ist eine bessere medizinische Versorgung für unsere Patientinnen und Patienten in Bayern verbunden. Dies tun wir nun mit unseren Anträgen, bei denen es darum geht, die zahnärztliche Versorgung auch künftig zu sichern.

Erstens. Wir fordern einen Bericht über den Bedarf an Zahnmedizinern und einen Bericht über die aktuelle Situation der Ausbildung von Zahnmedizinern und Zahnmedizinerinnen in Bayern, auch was deren Anzahl betrifft. Das Praxissterben auf dem Land ist immens. Auch haben wir eine gewaltige Abwanderung von approbierten Zahnärzten nach Österreich, in die Schweiz und nach Holland. Deswegen brauchen wir Zahlen, Daten und Fakten.

Zweitens. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte, GOÄ und GOZ, und damit die Honorierung ärztlicher Leistungen endlich zu reformieren und zu modernisieren, damit Ärzte und Zahnärzte eine Chance haben, auch betriebswirtschaftlich arbeiten zu können.

Drittens. Wir fordern die vollständige Refinanzierung der Tarifabschlüsse der Zahnmedizinischen Fachangestellten analog zu den Medizinischen Fachangestellten. Es kann mir niemand erklären, warum hier ein Unterschied gemacht wird, worin der Unterschied besteht und warum bei den MFAs diese Refinanzierung längst stattgefunden hat, bei den ZFAs aber nicht. Da müssen wir nachbessern; denn das versteht kein Mensch.

(Zuruf von der SPD)

Viertens. Wir fordern, Praxiszukunftsfonds mit dem Ziel einzusetzen, alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Da sind die Praxen mit E-Rezept, Telekonnektor etc. alleingelassen. Sie müssen die teuren Geräte kaufen, werden aber am Schluss bei der Transformation alleingelassen.

Fünftens. Wir fordern eine Entbudgetierung der Leistungen von Kinderzahnärzten analog zu den kinderärztlichen Leistungen, damit es hier keine Deckelung der Arzthonorare gibt. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Wer selbst einmal mit einem kleinen Kind beim Zahnarzt war, weiß, dass der Zahnarzt eine ganz andere Performance bieten muss, dass er viel mehr Zeit investieren muss und dass wahrscheinlich auch die Leistung eine ganz andere ist als bei einem Erwachsenen.

(Beifall bei der CSU)

Sechstens. Wir möchten einen Bericht über die besonderen zahnmedizinischen Herausforderungen bei der Versorgung von Pflegebedürftigen in Bayern. Viele Zahnärzte gehen mittlerweile mit mobilen Einheiten in die Pflegeheime. Auch der zahnmedizinische Zustand der zu Pflegenden hat sich verändert. Es gibt heute nicht mehr die Prothese, die man in das Wasserglas legt, was das Pflegepersonal einfach handhaben kann. Die meisten Senioren, die heute in Pflegeheimen leben, haben einen aufwendigen Zahnersatz, Implantate etc. und müssen deswegen aufwendig versorgt werden. Dementsprechend muss auch hier angepasst werden.

Siebtens. Kürzungen durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sollen auf Bundesebene wieder zurückgenommen und die Parodontitistherapie wie andere Präventionsleistungen wieder höher vergütet werden. Prävention ist die Zukunft der Medizin.

Ich darf dazu unsere geschätzte Kollegin Frau Staatsministerin Michaela Kaniber zitieren, die bezüglich der Landwirte eine ähnliche Formulierung gebracht hat. Ich kann nur sagen: Lauterbach greift den Zahnärzten in die Tasche. Wir von der CSU greifen ihnen unter die Arme. Daher bitte ich, den sieben Anträgen von CSU und FREIEN WÄHLERN zur Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung in Bayern zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Spes alit et fallit – die Hoffnung nährt und täuscht. So ergeht es seit mehr als 30 Jahren den Zahnärzten in Deutschland. Fast jede Reform im Gesundheitswesen führte zu einer Verschlimmbesserung bei den Zahnärzten. Das goldene Zeitalter endete schon in den

1980er-Jahren, das silberne spätestens 1992. Seit 1993 befinden sich die Zahnarztpraxen im eisernen Zeitalter. Die gesetzlichen Krankenkassen leben vom Raub, "Budgetierung" genannt; denn trotz ordnungsgemäßer Leistungserbringung ist die eigentlich vereinbarte Vergütung nicht garantiert. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sind gezwungen, diesen Mangel mittels Honorarverteilungsmaßstab zu verwalten.

Und wer hat die Budgetierung eingeführt? – Richtig, Horst Seehofer von der CSU, damals Gesundheitsminister und später Bayerischer Ministerpräsident. Allen sieben Anträgen der Regierungsparteien betreffend "Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern" können wir zustimmen. Erstaunlicherweise handelt es sich bei keinem der sieben Anträge um einen Fraktionsantrag der CSU, und nur einige Fraktionskollegen wollten mitzeichnen. Geschlossenheit sieht anders aus. Anscheinend sind von den Anträgen nur die wenigsten so richtig überzeugt.

Im Antrag I wird die Staatsregierung aufgefordert, über die aktuelle Situation der Zahnärzteschaft zu berichten und eine Prognose für die nächsten 20 Jahre abzugeben. Prognosen sind bekanntermaßen immer schwierig, insbesondere, wenn sie die Zukunft betreffen.

Die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung in unserem Land ist vor allem durch die Bürokratie bedroht: Röntgenverordnung, Hygiene-Verordnung, Datenschutz-Grundverordnung, Aufzeichnungspflichten gegenüber Abrechnungsstellen, Sozialversicherungsträgern und Finanzbehörden. Wer will sich dies bei enormen Investitionen und budgetierten Einnahmen antun und den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, die früher eine Selbstverständlichkeit war?

Hinzu kommt noch ein weiteres Problem: die Feminisierung der Zahnmedizin. Inzwischen sind etwa zwei Drittel der Zahnmedizinistudenten weiblich. Nur beim Studium für das Lehramt an Grundschulen ist der Frauenanteil noch signifikant höher. Die Ursache dafür ist die überwiegende Vergabe der Studienplätze nach Abiturnoten, was Frauen

bevorzugt, nicht deswegen, weil sie intelligenter, sondern weil sie in der Schule meist fleißiger sind.

(Widerspruch bei weiblichen Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Um die zahnmedizinische Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, brauchen wir daher eine Männerquote von mindestens 33 % der zahnmedizinischen Studienanfänger. Außerdem wird der Beruf Zahnarzt und Zahnärztin als gute Möglichkeit gesehen, das Arbeit-Leben-Gleichgewicht zu verwirklichen, was aber meistens nur im Angestelltenverhältnis funktioniert. Deshalb bevorzugen insbesondere Frauen diese Art der Berufsausübung, aus familiären Gründen häufig in Teilzeit.

Daher gibt es immer mehr MVZ, Medizinische Versorgungszentren, was per se nicht unbedingt negativ sein muss, solange diese in der Hand von Zahnärzten sind. Doch investorengetragene MVZ haben nicht primär das Wohl der Patienten im Auge, sondern wollen, dass die Investition eine möglichst hohe Rendite bringt. Es ist ein Skandal, dass die Gebühren für die zahnärztliche Behandlung von Privatpatienten seit Jahrzehnten nicht angehoben wurden. Aber saß nicht die CSU von 2005 bis 2021 in Berlin mit am Kabinetttisch? – Geschehen ist diesbezüglich praktisch nichts.

Bei der zu erwartenden Regierungsübernahme der Union wird sich im Wesentlichen auch nichts ändern, schon allein aus dem Grund, dass etwa die Hälfte der Privatpatienten Beamte sind und Gebührenerhöhungen bei der Beihilfe zu enormen Mehrausgaben bei Bund und Ländern führen würden. Gleiches Recht für alle.

Bei der ärztlichen Behandlung von Kindern, die jünger als zwölf Jahre sind, gibt es keine Budgetierung. Dies muss auch in der Zahnmedizin gelten. Wer die Budgetierung eingeführt hat, habe ich ja bereits erwähnt. Das höchste Ziel der Zahnmedizin ist ja eigentlich, sich überflüssig zu machen. Da aber der Prophylaxe Grenzen gesetzt sind, ist die Parodontitistherapie durchaus geeignet, den Erhalt der eigenen Zähne zu verlängern und teuren Zahnersatz auch langfristig zu vermeiden. Daher ist es nicht sinn-

voll, dieser gerade erst eingeführten präventionsorientierten Maßnahme die Grundlage zu entziehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich der Kollegin Dr. Andrea Behr, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Atzinger, am Anfang habe ich ja gedacht, das wird heute einmal etwas mit Ihrer Rede. Jetzt muss ich sagen, was danach kam; ich kann ja in Ihrem Wortlaut sprechen, dass Sie es auch verstehen: Si ta-cuisses, philosophus mansisses.

Oskar Atzinger (AfD): Gratias ago.

(Heiterkeit bei der AfD und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Paul Knoblach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, wertee Präsidium, wertee Kolleginnen und Kollegen! Die zahnärztliche Versorgung künftig zu sichern, das ist mit Sicherheit ein sinnvolles und wichtiges Vorgehen; denn wir alle brauchen sie, die Zahnärztinnen und Zahnärzte. So kann ich grundsätzlich nur begrüßen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU, nun ein Antragspaket für die Zukunft der bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte vorgelegt haben.

Doch nicht alles, was ich vor mir liegen sehe, kann ich dabei in dieser Form unterstützen. Der erste Antrag, ein Berichtsantrag, ist sehr gut. Klären wir zunächst die Frage, welchen Bedarf wir in Bayern an Zahnärztinnen und Zahnärzten haben, wie viele Zahnärztinnen ihre Ausbildung abschließen und wie es um die Teilzeitquote steht. Hierbei handelt es sich um relevante Informationen, um einen Überblick über die aktuelle Lage und die zahnärztliche Versorgung in der Zukunft zu erhalten.

Der zweite Antrag betreffend "Gebührenordnung anpassen" ist sehr sinnvoll. Wie von Frau Kollegin Dr. Behr schon vorgetragen, ist eine Anpassung der Gebührenordnung mehr als überfällig. Danach streben wir GRÜNE ebenfalls. Die aktuelle Gebührenordnung ist stark veraltet. Eine Reform ist schon lange überfällig. Auf Bundesebene treten wir GRÜNE bereits für eine Reform ein. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

Doch nicht alle Anträge des vorliegenden Paketes sind aus unserer Sicht, aus meiner Sicht, sinnvoll. In ihrem vierten Antrag beispielsweise, mit dem Titel "Praxiszukunftsfonds für (Zahn-)Arztpraxen", fordern Sie mehr Geld für die Praxen – eine wahrlich häufig gestellte Forderung, auch aus Oppositionskreisen. Glücklicherweise gibt es aber bereits eine Pauschale für die Finanzierung der Praxisausstattung, die im Zusammenhang mit der Telematikinfrastruktur steht. Sie lächeln, es scheint zuzutreffen. Wieso also ein weiterer Fonds?

Werte Kollegin, erlauben Sie mir eine Frage zur Begründung Ihres Antrags: Was hat denn das E-Rezept mit der IT in den Arztpraxen zu tun? – Ich denke, darüber sollten Sie doch einmal nachdenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nutzen Sie doch den Elan, den Sie in das vorliegende Antragspaket gesteckt haben, und setzen Sie sich gemeinsam mit uns GRÜNEN für eine gute Ausgestaltung der Krankenhauslandschaft, aber auch aller Ärztinnen- und Arztpraxen in Bayern ein.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Waldmann. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Die Zahnmedizin ist eine ganz wichtige Leistung, die wir sicherstellen müssen, auch in Bayern. Überhaupt ist sie essenziell wichtig für die Gesundheit des Menschen. Jetzt muss man ein bisschen differenzieren, was dieses Antragspaket angeht.

Vielleicht jetzt erst einmal zum Positiven: Ein Bedarfsbericht ist auf jeden Fall eine sinnvolle Sache; denn tatsächlich ändern sich die Bedingungen, es ändern sich auch die Lebensmodelle der Zahnärztinnen und Zahnärzte, es gibt technischen und medizinischen Fortschritt und vieles mehr. Tatsächlich wollen wir einen solchen Bericht auch haben. Ich habe im Ausschuss dazu gesagt, dass interessant wäre zu hören, was die Zahnärztekammer denn selber an Instrumenten schon vorsieht, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen.

Das Gleiche gilt auch für den Bericht, zur zahnmedizinischen Gesundheit von Kindern und Pflegebedürftigen, den ich ebenfalls für sinnvoll halte. Da gehen wir gerne mit. Das ist wichtig, dass wir wirklich die Grundlagen kennen und wissen, wo wir wie eingreifen können.

Die ganzen anderen Anträge, die jetzt von den Kolleginnen und Kollegen schon im Einzelnen vorgestellt wurden und über die wir im Ausschuss ausführlicher diskutiert haben, haben alle ein Problem: Es ist nämlich kein Wort darüber verloren worden, wie das Ganze finanziert werden soll. Einige Forderungen sind absolut nachvollziehbar. Vieles wäre wirklich wünschenswert und gut zu haben. Aber dann müsste man schon sagen: Sollen denn jetzt die Beiträge steigen, oder will man mehr Steuermittel einsetzen? Dann stellt sich die Frage, ob Steuererhöhungen stattfinden sollen; das lehnen Sie ja ab. Und eine Diskussion über eine Lockerung der Schuldenbremse lehnen Sie ebenso ab. Irgendwoher muss das Geld aber kommen. Entweder müssen die Versicherten mehr bezahlen oder die Steuerzahler, oder man muss an anderer Stelle drastisch kürzen; denn diese Forderungen, die Sie an Berlin richten, sind sehr teuer. Das gehört zur Wahrheit.

Wir müssen schließlich schauen, dass bei den gesetzlich Versicherten die Zusatzleistungen und alles andere nicht unbezahlbar werden und die Schere im Gesundheitswesen am Ende nicht noch weiter aufgeht.

Es gibt auch einiges Wünschenswertes, zum Beispiel die Anpassung der Gebührenordnung. Aber dann muss man klar benennen, woher die Finanzierung kommen soll. Man kann sich bei dieser Frage nicht in die Büsche schlagen und jeder Forderung, auch aus der Zahnärzteschaft, das Wort reden. Sie haben nichts davon, wenn am Ende nichts davon umsetzbar ist. Das ist tatsächlich der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Die Entbudgetierung, die die Bundesregierung bei der Kindermedizin schon erreicht hat, wäre auch bei der Kinderzahnmedizin wünschenswert. Aber auch dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung.

An Ihrem Antragspaket wird erkennbar, dass Sie ein Signal an die Zahnärzteschaft senden wollen, deswegen auch die hochgezogenen Anträge. Wir haben diese Anträge alle schon ausführlich im Ausschuss diskutiert und abgestimmt. Die Zahnärztinnen und Zahnärzte haben nicht viel davon, wenn keine realistische Finanzierung zugrunde gelegt wird. Sie stellen etwas ins Schaufenster, was Sie selber gar nicht bezahlen können. Das wird tatsächlich interessant, sollte die CSU an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein.

(Unruhe bei der CSU)

Dann wird man sehen, was aus diesen Forderungen wird; denn dann werden Sie die Frage beantworten müssen, an welche Finanzierung Sie eigentlich gedacht haben. Keine Beitragserhöhungen, keine Steuererhöhung, kein Reden über die Schuldenbremse – irgendwoher muss das Geld aber kommen, sonst kann man diese Forderungen leider nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die medizinische Versorgung in Bayern befindet sich noch auf internationalem Spitzenniveau. Ich sage ganz bewusst: noch! Das ist das Wort, was mich wirklich zum Nachdenken bringt. Statistiken zeigen, dass bis 2028 etwa 25 % der niedergelassenen Zahnärzte in Bayern in den Ruhestand gehen. Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen nimmt die Bereitschaft zur Niederlassung ab. Hinzu kommen auch Fachkräfte- und Personalmangel. Das führt zu Praxissterben und damit auch zu Versorgungsproblemen.

Blicken wir doch mal auf das Jahr 2030. Voraussichtlich etwa die Hälfte der heute noch praktizierenden Zahnärzte wird dann im Ruhestand sein, meine Damen und Herren, und das bei einer Bevölkerungsstruktur, die immer älter wird, und die Zähne werden auch immer älter. Dadurch wird ein nicht unerheblicher Engpass in der zahnmedizinischen Versorgung eintreten. Ausgehend von der Altersstruktur der Zahnärzte zeichnen sich dabei auch in Bayern künftig Versorgungsprobleme ab. In der Kassenzahnärztlichen Vereinigung haben bereits heute rund 44 % der Zahnärzte das Alter von 50 Jahren überschritten. Der genauere Blick auf die Altersstruktur der Zahnärzte in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt noch größere Abweichungen. Während in Kempten, München, Tirschenreuth, Fürth und Amberg zum Beispiel der Anteil der Zahnärzte über 55 Jahren noch unter 35 % liegt, macht diese Altersgruppe in Wunsiedel, im Fichtelgebirge und in Coburg bereits mehr als 61 % aus. Im Landkreis Hof zeigt sich die Überalterung besonders stark; hier sind bereits knapp 72 % der Zahnärzte über 55 Jahre alt. Ausgehend von der demografischen Entwicklung, der Überalterung der Zahnärzte, werden sich in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach in einigen Regionen Bayerns Versorgungsprobleme ergeben.

Bei den humanmedizinischen Fachrichtungen, zum Beispiel bei der hausärztlichen Versorgung, sind diese Probleme bereits seit Langem Realität. Zur Sicherung des ärztlichen Nachwuchses gibt es deshalb bereits zahlreiche Förderansätze, die von uns

in den vergangenen Jahren eingebracht wurden. Diese könnten zum Beispiel als Blaupause auch im zahnärztlichen Bereich zum Ansatz kommen.

Ich kann nur bekräftigen, was schon Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt hat – ich zitiere –:

"Die Zahnärzte stehen unter zunehmendem Druck, die Rahmenbedingungen müssen dringend verbessert werden! Wir dürfen nicht immer mehr Praxen verlieren, wir brauchen bessere Perspektiven auch für junge Zahnärzte. Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf beste Versorgung, und die ist in Gefahr! Gerade in den strukturschwachen Regionen gehen in den kommenden Jahren viele Zahnärzte in Rente, ohne dass ein Nachfolger zur Verfügung steht. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass eine selbstständige Tätigkeit als Zahnarzt attraktiv bleibt. Wir müssen die Freiberuflichkeit der Zahnärzte schützen, investorengestützte Medizinische Versorgungszentren dürfen das Gesundheitswesen [auch im zahnärztlichen Bereich] nicht übernehmen."

Aus diesem Grund gilt es, ein Maßnahmenpaket in Angriff zu nehmen, um unsere zahnärztliche Versorgung zu gewährleisten. Das geht von einer Anpassung der Gebührenordnung über die Refinanzierung der Tarifsteigerungen für Zahnmedizinische Fachangestellte bis hin zur Gleichbehandlung von Kinderzahnärzten und zum Aufbau des Praxiszukunftsfonds für Zahnarztpraxen. Das ist sehr wichtig, das unterstützen wir. Hierfür setzen wir uns gemeinsam ein, CSU und FREIE WÄHLER. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt wird hier das jeweilige Votum im

federführenden Ausschuss. Der jeweils federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt alle sieben Anträge zur Zustimmung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, den sieben Anträgen ist zugestimmt worden.